

## Fragen

für die Fragestunde der 156. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 13. März 2024

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke) .....	41, 42	Hoppenstedt, Hendrik, Dr. (CDU/CSU) .....	50
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	29, 45	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD) .....	5, 6
Biadacz, Marc (CDU/CSU) .....	13, 14	Klein, Ottilie, Dr. (CDU/CSU) .....	15, 19
Birkwald, Matthias W. (Gruppe Die Linke) ....	8, 35	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke) .....	24, 28
Brandner, Stephan (AfD) .....	3, 4	Lehmann, Jens (CDU/CSU) .....	27
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke) .....	20, 38	Nicolaisen, Petra (CDU/CSU) .....	39, 40
Bystron, Petr (AfD) .....	31, 43	Oellers, Wilfried (CDU/CSU) .....	10, 21
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW) .....	46, 47	Peterka, Tobias Matthias (AfD) .....	48, 49
Gädechens, Ingo (CDU/CSU) .....	17, 18	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU) .....	22, 23
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU) .....	32	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU) .....	51, 52
Görke, Christian (Gruppe Die Linke) .....	33, 34	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU) .....	11, 12
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke) .....	16	Renner, Martina (Gruppe Die Linke) .....	36, 37
Hardt, Jürgen (CDU/CSU) .....	44	Rohwer, Lars (CDU/CSU) .....	25
Hauer, Matthias (CDU/CSU) .....	9, 30	Schattner, Bernd (AfD) .....	1, 2
		Whittaker, Kai (CDU/CSU) .....	7, 26

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen .....	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes ....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat .....	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

1. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD)                      Sieht die Bundesregierung das neue Bürgergeld als Erfolg an?
2. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD)                      Wie möchte die Bundesregierung die Renten in Deutschland zukünftig absichern?
3. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)                      Welche Schlussfolgerungen zieht der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubert Heil aus dem Vorschlag der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm (Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), den Zeitpunkt des Renteneintritts an die Lebenserwartung zu koppeln ([www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/rente-wirtschaftsweisen-100.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/rente-wirtschaftsweisen-100.html)), und wie begründet er seine Antwort?
4. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)                      Wie bewertet der Bundesminister für Arbeit und Soziales die Auswirkungen der Einführung des Bürgergeldes auf die Anzahl der Empfänger desselben?
5. Abgeordneter  
**Dr. Michael Kaufmann**  
(AfD)                      Welches Ausmaß (in konkreten Zahlen) hat, nach Kenntnis der Bundesregierung, der in zahlreichen Medienberichten dargelegte Sozialmissbrauch durch ukrainische Flüchtlinge bzw. Menschen, die sich als solche ausgeben (vgl. z. B. [www.fokus.de/finanzen/news/schaden-in-milliardenhoehe-wirbel-um-buergergeld-betrug-durch-ukrainer-es-ist-nur-die-spitze-des-eisbergs\\_id\\_259662454.html](http://www.fokus.de/finanzen/news/schaden-in-milliardenhoehe-wirbel-um-buergergeld-betrug-durch-ukrainer-es-ist-nur-die-spitze-des-eisbergs_id_259662454.html)), und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung dagegen ergriffen oder plant sie zu ergreifen?
6. Abgeordneter  
**Dr. Michael Kaufmann**  
(AfD)                      Welche kurzfristig wirksamen Maßnahmen plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, gegebenenfalls in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, um der Verschärfung des Fachkräftemangels aufgrund fehlender Kapazitäten für die Kinderbetreuung entgegenzuwirken ([www.wiwo.de/unternehmen/mittelstand/erzieher-mangel-wie-fehlt-kinderbetreuung-den-fachkraeftemangel-ver-schaerft/29024894.html](http://www.wiwo.de/unternehmen/mittelstand/erzieher-mangel-wie-fehlt-kinderbetreuung-den-fachkraeftemangel-ver-schaerft/29024894.html))?
7. Abgeordneter  
**Kai Whittaker**  
(CDU/CSU)                      Weiß die Bundesregierung, wie viel der Bund durchschnittlich als Mietpreis pro Quadratmeter für eine Bedarfsgemeinschaft im Bürgergeld zahlt?

8. Abgeordneter  
**Matthias W. Birkwald**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie haben sich (in Fünfjahresschritten) seit 1992 die absoluten Sozialausgaben und die Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenrenten (jeweils in Euro) sowie deren Anteil in Prozent am Bruttoinlandsprodukt entwickelt (inklusive vorhandener Prognosen)?
9. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)
- Wie stellt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Kürzungen der Eingliederungsmittel und der für die Jobcenter erforderlichen Verlässlichkeit in der Haushaltsführung eine mehrjährige und auskömmliche Haushaltsführung der Jobcenter sicher, um auszuschließen, dass das Angebot an arbeitsmarktlichen Förderungen eingegrenzt wird?
10. Abgeordneter  
**Wilfried Oellers**  
(CDU/CSU)
- Wann und wie beabsichtigt die Bundesregierung – wie im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigt –, die Erkenntnisse der seit September 2023 vorliegenden Studie zur Entwicklung eines transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystems in den Werkstätten für behinderte Menschen und deren Perspektiven auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt umzusetzen?
11. Abgeordneter  
**Dr. Markus Reichel**  
(CDU/CSU)
- Sollte aus Sicht der Bundesregierung eine weitere Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge über die jetzigen 40,9 bzw. 41,5 Prozent (für Kinderlose) hinaus auf bis zu 50 Prozent verhindert werden (2030 werden die Beiträge laut Gutachten bereits 44,5 Prozent betragen: [www.familienunternehmer.eu/fileadmin/schnelluploads/240221\\_FamU\\_JungU\\_Gutachten\\_SozialeSicherheit\\_WEB\\_DS.pdf](http://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/schnelluploads/240221_FamU_JungU_Gutachten_SozialeSicherheit_WEB_DS.pdf), S. 18), selbst wenn die Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht infrage kommt, und wenn ja, wie, und wie will die Bundesregierung die Gefahr der Abwanderung junger Menschen und Unternehmen durch die meines Erachtens extrem hohen Sozialversicherungsbeiträge und den damit einhergehenden „brain drain“ verhindern?
12. Abgeordneter  
**Dr. Markus Reichel**  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen oder Reformen plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, um es für Arbeitgeber attraktiver zu machen, ältere Arbeitnehmer (65 bis 69 Jahre) rechtssicher anstellen zu können, und wie soll sichergestellt werden, dass beide Parteien möglichst flexible Arbeitszeitmodelle umsetzen können ([https://arbeitsgeber.de/wp-content/uploads/2024/01/bda-arbeitgeber-positionspapier-beschaeftigung\\_aelterer\\_weiter\\_ausbauen-2024-01-12.pdf](https://arbeitsgeber.de/wp-content/uploads/2024/01/bda-arbeitgeber-positionspapier-beschaeftigung_aelterer_weiter_ausbauen-2024-01-12.pdf))?

13. Abgeordneter  
**Marc Biadacz**  
(CDU/CSU)
- Worauf führt die Bundesregierung die im europäischen Vergleich geringe Beschäftigungsquote von nur 21 Prozent der in Deutschland lebenden Ukrainer zurück (vgl. [www.bundesregierung.de/breg-de/themen/arbeit-und-soziales/ukraine-gefluechtete-arbeit-2166832](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/arbeit-und-soziales/ukraine-gefluechtete-arbeit-2166832)), und was unternimmt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, um die Beschäftigungsquote ukrainischer Geflüchteter – vor dem Hintergrund des Fach- und Arbeitskräftemangels – signifikant zu erhöhen?
14. Abgeordneter  
**Marc Biadacz**  
(CDU/CSU)
- Ist aus Perspektive der Bundesregierung die Globalzustimmung ein Erfolg, wenn im Zeitraum vom 6. Juli bis zum 6. November 2022 nur 91 Visa für Bodenpersonal aus der Türkei erteilt wurden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 58 auf Bundestagsdrucksache 20/10127), und woran liegt es, dass nicht mehr Arbeitskräfte gekommen sind?
15. Abgeordnete  
**Dr. Ottilie Klein**  
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigt, die Jugendberufsagenturen ausbauen, und wenn ja, wie passt das nach Auffassung der Bundesregierung damit zusammen, dass junge Erwerbsfähige in der Kindergrund-sicherung künftig nicht mehr von den Jobcentern betreut werden sollen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

16. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(Gruppe Die Linke)
- Welche finanziellen Mittel wurden im Jahr 2022 für den Einsatz der Jugendoffiziere durch die Bundeswehr aufgewendet, die laut aktuellem Jahresbericht ([www.bundeswehr.de/resource/blob/5653208/98a6c15d22a14e34bbb5b19beebe43c0/jahresbericht-2022-data.pdf](http://www.bundeswehr.de/resource/blob/5653208/98a6c15d22a14e34bbb5b19beebe43c0/jahresbericht-2022-data.pdf)) in acht Bundesländern über 150.000 Teilnehmende bei fast 6.000 Veranstaltungen erreicht haben will, und unterhalten Bundesministerien, -ämter und unterstellte Dienststellen derzeit vergleichbare Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien der Länder, die beispielsweise anerkannten Hilfsorganisationen und zivilen Friedensorganisationen Zugang zu Schulen, Universitäten und zur Multiplikatoren-ausbildung (Referendariat) ermöglichen, und wenn ja, in welchem finanziellen und organisatorischen Umfang?

17. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)
- Wird der Brandschutz im Kampfraum des Schützenpanzers Puma nach wie vor über einen Handfeuerlöscher mit dem Löschmittel Pulver sichergestellt, und hat das Bundesministerium der Verteidigung im Rahmen der Verhandlungen zur EU-Ozon-Verordnung 2024, die am 11. März 2024 in Kraft tritt, eine Ausnahmeregelung für einen Einsatz von Halonen im Kontext des Brandschutzes in Mannschaftsräumen von militärischen Landfahrzeugen gefordert (bitte ausführen, ob die Position von der gesamten Bundesregierung vertreten wurde und ggf. warum sich die deutsche Position in den Verhandlungen nicht durchgesetzt hat)?
18. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)
- Welche terminlichen Meilensteine im Sinne von Beginn der Analysephase 1, Zeichnung der Fähigkeitslücke und Funktionale Forderung (FFF), Zeichnung des Lösungsvorschlags (LV), Billigung der Auswahlentscheidung (AWE), Durchführung eines Vergabeverfahrens, Vertragsschluss bzw. 25-Millionen-Euro-Vorlage, Zulauf der ersten sowie der letzten Einheit liegen dem Beschaffungsvorhaben „Taktische Beweglichkeit Maritime Einsatzkräfte auf dem Wasser – Anteil Spezialkräfte Marine“, nach meiner Kenntnis auch benannt als „Mehrzweckkampfboot Spezialkräfte mit großer Reichweite“, zugrunde, und in welcher Kalenderwoche wird die Bundesregierung dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages einen Vertrag zur Beschaffung einer Korvette K130 vorlegen, für die im Kapitel 1491 Titel 554 52 entsprechende Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt 2024 zur Verfügung stehen, die jedoch eine Realisierung des Vorhabens in den Jahren 2025 bis 2027 vorsehen, womit von einer besonderen Eilbedürftigkeit der entsprechenden Vorlage an den Haushaltsausschuss auszugehen ist?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

19. Abgeordnete  
**Dr. Ottilie Klein**  
(CDU/CSU)
- Wie begründet es die Bundesregierung, dass Familien im Bürgergeld durch die Kindergrundversicherung künftig – statt wie bisher eine – mindestens drei Behörden für ihre Leistungen anlaufen müssen, und wie will die Bundesregierung garantieren, dass die Leistungen durch diese zusätzliche Bürokratie künftig nicht schlechter bei den betroffenen Familien ankommen?

20. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(Gruppe Die Linke)
- Wann wird die Bundesregierung, vor dem Hintergrund mehrfacher Aufforderungen des CEDAW-Ausschusses und konkreter Vorgaben der Istanbul-Konvention, deren Umsetzung für die Bundesregierung verpflichtend ist, die in der Istanbul-Konvention vorgesehenen obligatorischen Zugänge zu Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für alle Frauen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, sicherstellen, und wie soll effektiver Zugang zum Schutz für alle Frauen, ungeachtet der aufenthaltsrechtlichen Situation, gewährt werden, wenn bspw. die in § 87 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geregelten Meldepflichten weiterhin bestehen, welche nach meiner Auffassung den Schutz von Frauen vor geschlechtsbezogener Gewalt als eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen verhindern würden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

21. Abgeordneter  
**Wilfried Oellers**  
(CDU/CSU)
- Woran liegt es, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, bis Ende 2022 einen Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen zu erarbeiten, bis heute nicht umgesetzt hat, und wann genau soll dies erfolgen?
22. Abgeordneter  
**Stephan Pilsinger**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass – vor dem Hintergrund der fundamentalen Rolle der Präzisionsmedizin, insbesondere in der onkologischen Gesundheitsversorgung sowie bei dem Start der „Modellvorhaben zur umfassenden Diagnostik und Therapiefindung mittels Genomsequenzierung bei seltenen und bei onkologischen Erkrankungen“ nach § 64e des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (vgl. [www.gkv-spitzenverband.de/krankenversicherung/forschung\\_modellvorhaben/mv\\_genomsequenzierung/genomsequenzierung.jsp](http://www.gkv-spitzenverband.de/krankenversicherung/forschung_modellvorhaben/mv_genomsequenzierung/genomsequenzierung.jsp)) – neue Erkenntnisse in der Analyse freier Nukleinsäuren im Blutplasma einen wesentlichen Beitrag zur (Weiter-)Entwicklung einer modernen und personalisierten Gesundheitsversorgung leisten können, und wenn ja, stimmt die Bundesregierung meiner Auffassung zu, dass eine differenzierte und breite Palette an diagnostischen Optionen sowohl die Krankheitserkennung also auch die Therapiefindung erleichtern kann?

23. Abgeordneter  
**Stephan Pilsinger**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung in ihrem aktuellen Arbeitsentwurf für ein Gesetz zur Krankenhausreform (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz – KHVVG –, vgl. <https://background.tagesspiegel.de/gesundheit/neuer-arbeitsentwurf-geht-ins-detail>) „Schmerzmedizin“ nicht als eigene Leistungsgruppe aufgeführt, womit nach meiner Auffassung die stationäre Versorgung der chronischen Schmerzpatienten maßgeblich gefährdet würde und womit die für die Schmerzpatienten dringend notwendige und derzeit nach meinen Kenntnissen funktionierende Versorgung ihrer meist chronischen Leiden in den Krankenhäusern nach meiner Überzeugung nicht garantiert wäre, anstatt die Versorgung der Schmerzpatienten auch zukünftig mit entsprechenden Qualitätsmerkmalen zu sichern, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um diese Gefahr im laufenden Gesetzgebungsverfahren doch noch zu bannen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

24. Abgeordnete  
**Ina Latendorf**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie bewertet die Bundesregierung den ökologischen Gesamtzustand der Ostsee im Allgemeinen und den des Greifswalder Boddens im Besonderen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Bildung und Forschung**

25. Abgeordneter  
**Lars Rohwer**  
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung auf den Vorschlag der Kultusministerkonferenz vom März 2023 für einen Digitalpakt 2.0 geantwortet, und wenn ja, mit welchen konkreten konzeptionellen und inhaltlichen Punkten, und wie oft hat sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger persönlich für das Gelingen eines Digitalpakts 2.0 seit März 2023 eingebracht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

26. Abgeordneter  
**Kai Whittaker**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Mieten insbesondere für Menschen mit kleinen Einkommen steigen, weil durch die komplette Übernahme der Mieten im Bürgergeld die Preise nach oben getrieben werden, und wenn ja, welche Maßnahmen ergreift sie, um den daraus resultierenden Problemen entgegenzutreten?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und  
des Bundeskanzleramtes**

27. Abgeordneter  
**Jens Lehmann**  
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich Kulturstaatsministerin Claudia Roth die Aufarbeitung der antisemitischen Aussagen während der Berlinale konkret vor, die sie angekündigt hat, und wie soll die Untersuchung der Vorkommnisse genau ablaufen (bitte nach Gesprächspartnern und Zeitplan bis zur Beendigung der Untersuchung aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wirtschaft und Klimaschutz**

28. Abgeordnete  
**Ina Latendorf**  
(Gruppe Die Linke)
- Hat die Bundesregierung Bürgschaften für LNG-Projekte der GASCADE Gastransport GmbH und der Deutsche ReGas GmbH & Co. KGaA für Projekte in Deutschland übernommen, und wenn ja, in welcher Höhe, und mit welchen Laufzeiten?
29. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es in der Bundesregierung konkrete Überlegungen, nach den jüngsten Enthüllungen über ein milliardenschweres Geschäft der Rheinmetall AG mit Russland bezüglich eines hochmodernen Gefechtsübungszentrums im russischen Mulino, welches mit Hilfe der damaligen Bundesregierung sowie weitere geplante ähnliche Geschäfte (siehe dazu: [www.tagesschau.de/investigativ/wdr/rheinmetall-russland-streitkraefte-100.html](http://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/rheinmetall-russland-streitkraefte-100.html)), die damaligen Vorgänge mit Blick auf die heutige Rolle Russlands aufarbeiten zu wollen und weitere Untersuchungen einzuleiten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

30. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)
- Welche Bedingungen müssen zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Finanzkriminalität (Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz – FKBG) erfüllt sein, damit das Bundesamt für die Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF) – wie im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehen – zum 1. April 2024 errichtet werden kann (bitte die notwendigen Bedingungen zur Errichtung des BBF zum 1. April 2024 unter Angabe der jeweiligen Zeitpunkte, zu denen diese Bedingungen jeweils erfüllt sein müssen, benennen), und welche Vorbereitungen wurden bislang seitens der Bundesregierung dafür getroffen, dass das BBF zum 1. April 2024 errichtet werden kann, insbesondere welche Verträge wurden dazu geschlossen oder welche anderweitigen rechtlich bindenden Verpflichtungen wurden eingegangen?
31. Abgeordneter  
**Petr Bystron**  
(AfD)
- Wie hoch werden die voraussichtlichen deutschen Militärhilfen für die Ukraine für das Jahr 2024 sein (einschließlich Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre, bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
32. Abgeordneter  
**Dr. Thomas Gebhart**  
(CDU/CSU)
- Was ergab die im Mai 2022 durch die Bundesregierung angekündigte Prüfung der beihilferechtlichen Genehmigungsfähigkeit der Fortführung der Steuererleichterung für Biokraftstoffe für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/2097), und wie steht die Bundesregierung zur aktuellen Ungleichbehandlung von Biokraftstoffen gegenüber Agrardiesel bei der Steuerentlastung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft?

33. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(Gruppe Die Linke)
- In welcher Höhe sehen das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales laut Referentenentwurf für die Stiftung Generationenkapital Investitionen in illiquide Anlageklassen wie Private Equity, Private Debt, Infrastruktur sowie Immobilien vor, wie sie auch der KENFO (Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung) tätigt (vgl. [www.kenfo.de/kapitalanlagen/portfolio](http://www.kenfo.de/kapitalanlagen/portfolio)), und gibt es darunter gewisse Investitionsbereiche, die ausgeschlossen werden, beispielsweise Investitionen in Immobilien, Alters- oder Pflegeheimen ([www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Internationales\\_Finanzmarkt/Altersvorsorge/Generationenkapital/generationenkapital.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Altersvorsorge/Generationenkapital/generationenkapital.html))?
34. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(Gruppe Die Linke)
- Welche Vermögenswerte (z. B. Unternehmensbeteiligungen) plant die Bundesregierung an die laut Referentenentwurf zum Rentenpaket II geplante Stiftung Generationenkapital zu übertragen, und welche Wirkungen werden diese Transaktionen für den Bundeshaushalt haben (bitte auflisten; siehe [www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/gesetz-zur-stabilisierung-des-rentenniveaus-aufbau-generationenkapital.html](http://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/gesetz-zur-stabilisierung-des-rentenniveaus-aufbau-generationenkapital.html))?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat**

35. Abgeordneter  
**Matthias W. Birkwald**  
(Gruppe Die Linke)
- Mit welcher Begründung erhielten Beamte im Ruhestand einen Inflationsausgleich von bis zu 3.000 Euro, angesichts der Maßgabe, dass die Anpassung der Pensionen dem Rentenrecht weitestgehend angeglichen werden soll (so wurden die Dämpfungselemente bei der Rentenversicherung systemgerecht auf die Beamtenversorgung übertragen und die Altersgrenze wird entsprechend des Renteneintrittsalters schrittweise auf 67 Jahre angehoben: [www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/oeffentlicher-dienst/beamte/versorgung/versorgung-liste.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/oeffentlicher-dienst/beamte/versorgung/versorgung-liste.html)), und mit welcher Begründung erhielten die Rentnerinnen und Rentner keinen solchen Inflationsausgleich, sondern lediglich ein Energiegeld von 300 Euro, welches auch anderen Bevölkerungsgruppen ausgezahlt wurde?

36. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(Gruppe Die Linke)
- Bei wie vielen Gelegenheiten und wie oft befasste sich das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) bzw. das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum Rechts (GETZ-R) seit 2020 mit dem Kooperationsverband Deutsche Burschenschaft (DB) und dessen Mitgliederorganisationen?
37. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(Gruppe Die Linke)
- Bei wie vielen Gelegenheiten und wie oft befasste sich das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) bzw. das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum Rechts (GETZ-R) seit 2020 mit Funktionären, Mitgliedern und einzelnen Landesgruppen des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRBw; vgl. [www.fr.de/politik/viele-reservisten-unter-verdaechtigen-in-reichsbuerger-ermittlungen-92282914.html](http://www.fr.de/politik/viele-reservisten-unter-verdaechtigen-in-reichsbuerger-ermittlungen-92282914.html))?
38. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele russische Staatsangehörige wurden seit dem 24. Februar 2022 aus Deutschland – gegebenenfalls über Drittstaaten – nach Russland abgeschoben ([www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/sachsen-anhalt-abschiebungen-russland-uk-raine-krieg-straftaeter-asylopolitik-direktfluege-aus-reisepflichtige-3778351](http://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/sachsen-anhalt-abschiebungen-russland-uk-raine-krieg-straftaeter-asylopolitik-direktfluege-aus-reisepflichtige-3778351); bitte nach den Zeiträumen 24. Februar 2022 bis 24. Februar 2023 sowie 25. Februar 2023 bis 24. Februar 2024 aufschlüsseln), und wie viele männliche russische Staatsangehörige im wehrfähigen Alter wurden seit dem 24. Februar 2022 in andere EU-Staaten überstellt (bitte nach den sechs wichtigsten Zielstaaten und den Zeiträumen 24. Februar 2022 bis 24. Februar 2023 sowie 25. Februar 2023 bis 24. Februar 2024 aufschlüsseln)?
39. Abgeordnete  
**Petra Nicolaisen**  
(CDU/CSU)
- Fühlt sich die Bundesregierung nach § 13 Absatz 1 des 2007 geschlossenen Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines bundesweiten Digitalfunknetzes weiterhin verpflichtet, ein einheitliches Kernnetz zu errichten und zu finanzieren, um Insellösungen in den Ländern zu vermeiden?
40. Abgeordnete  
**Petra Nicolaisen**  
(CDU/CSU)
- Ist das 4-Phasen-Modell der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) mit Start des Breitbandnetzes Anfang der 2030er-Jahre nach wie vor die aktuelle Strategie des Bundes zur Errichtung eines Breitband-Kernnetzes ([www.bdbo.s.bund.de/DE/Aufgaben/DigitalfunkBOS/Breitband/breitband\\_node.html](http://www.bdbo.s.bund.de/DE/Aufgaben/DigitalfunkBOS/Breitband/breitband_node.html))?

41. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie ist der Sachstand hinsichtlich der Einführung eines Partizipationsrates, dessen Gründung im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in Aussicht gestellt wurde (vgl. [www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](http://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf), Seite 94), und welche Angaben kann die Bundesregierung zu der geplanten Struktur des Partizipationsrates machen (bitte insbesondere seine Zusammensetzung und seine Aufgaben angeben)?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

42. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie waren zuletzt die Wartezeiten für einen Termin zur Beantragung eines Visums zum Familiennachzug in den 14 Staaten mit den längsten Wartezeiten (bitte in Wochen angeben und nach Ländern differenziert auflisten), und wie stellt sich dabei die Situation für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Afghanistan dar, die über die Auslandsvertretung in Teheran den Familiennachzug beantragen (bitte so konkret wie möglich, da eine mir bekannte Familie bereits seit 21 Monaten auf einen Termin wartet und ich auf meine Schriftliche Frage für den Monat April 2023 nur die Antwort „über ein Jahr“ erhielt, vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 99 auf Bundestagsdrucksache 20/6782)?
43. Abgeordneter  
**Petr Bystron**  
(AfD)
- Hat sich die Bundesregierung zur vorliegenden Aussage des US-Generalkonsuls John R. Crosby, der die Demos „gegen Rechts“ lobte, dahingehend eine Meinung gebildet, ob diese Aussagen eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands darstellen (vgl. [www.zeit.de/news/2024-02/22/us-generalkonsul-crosby-lobt-demonstrationen-gegen-rechts](http://www.zeit.de/news/2024-02/22/us-generalkonsul-crosby-lobt-demonstrationen-gegen-rechts))?
44. Abgeordneter  
**Jürgen Hardt**  
(CDU/CSU)
- Wie unterstützt die Bundesregierung die Projekte der aktuellen deutschen Tentativliste zur Nominierung von Kulturerbegütern bei der UNESCO, und welche Strategie verfolgt die Bundesregierung bei dem Antrag „Europäische Großbogenbrücken des 19. Jahrhunderts“ mit den Ländern der anderen fünf Großbogenbrücken Italien, Frankreich und Portugal?

45. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass Ghana am 28. Februar 2024 ein Anti-LGBTIQ-Gesetz verabschiedet hat, das schwere Strafen gegen queere Menschen sowie ihre Unterstützerinnen und Unterstützer vorsieht (siehe dazu: [www.tagesschau.de/ausland/afrika/ghana-strafen-homosexualitaet-100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/afrika/ghana-strafen-homosexualitaet-100.html)), und erwägt die Bundesregierung deswegen, Ghana von der Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“ zu streichen?
46. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(Gruppe BSW)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung für ihr eigenes Handeln aus der Forderung von Papst Franziskus nach einem sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand in Gaza und der von US-Vizepräsidentin Kamala Harris konstatierten humanitären Katastrophe in Gaza ([www.vaticannews.va/de/papst/news/2024-03/papst-gaza-waffenstillstand-verhandlung-palaestina-israel.html](http://www.vaticannews.va/de/papst/news/2024-03/papst-gaza-waffenstillstand-verhandlung-palaestina-israel.html); [www.n-tv.de/politik/US-Vizepraesidentin-spricht-von-humanitaerer-Katastrophe-in-Gaza-article24779277.html](http://www.n-tv.de/politik/US-Vizepraesidentin-spricht-von-humanitaerer-Katastrophe-in-Gaza-article24779277.html))?
47. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(Gruppe BSW)
- Wird die Bundesregierung gegenüber der lettischen Regierung die vom NATO-Mitglied Lettland angekündigte Zwangsausweisung von Russen thematisieren, vor dem Hintergrund, dass nach der NATO-Charta die Mitglieder des Militärpakts entsprechend den Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen entschlossen sind, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“ ([www.spiegel.de/ausland/lettland-kuendigt-zwangsausweisungen-von-russen-ohne-sprachkenntnis-e-an-a-7c7b845a-381e-4a1d-9515-6db81677988b](http://www.spiegel.de/ausland/lettland-kuendigt-zwangsausweisungen-von-russen-ohne-sprachkenntnis-e-an-a-7c7b845a-381e-4a1d-9515-6db81677988b))?
48. Abgeordneter  
**Tobias Matthias Peterka**  
(AfD)
- Welche Erkenntnisse liegen dem Auswärtigen Amt, auch unter Einbeziehung etwaiger Untersuchungen der Vereinten Nationen, hinsichtlich der Verwicklung des sogenannten UNRWA-Hilfswerks in den Überfall der Hamas auf Israel im Oktober 2023 vor, und welche etwaigen Maßnahmen werden daraus abgeleitet (vgl. [www.n-tv.de/politik/Baerbock-begrueudet-Geldsperre-fuer-UNRWA-article24703611.html](http://www.n-tv.de/politik/Baerbock-begrueudet-Geldsperre-fuer-UNRWA-article24703611.html), zuletzt abgerufen am 1. Februar 2024)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums  
der Justiz**

49. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD)
- Sieht der Bundesminister der Justiz Dr. Marco Buschmann im Sinne seiner Ausführungen zum Schutz der Justiz vor politischen Einflüssen gesetzgeberischen Handlungsbedarf in dem Sinne, dass Sperrfristen für Parlamentarier geschaffen werden, die einen direkten Wechsel von der politischen Mandatsausführung hin zur Ausführung des Richteramtes an Bundesgerichten verhindern (vgl. [www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/justiz-minister-buschmann-bundesverfassungsgericht-gesetz-aenderung-demokratie](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/justiz-minister-buschmann-bundesverfassungsgericht-gesetz-aenderung-demokratie), zuletzt abgerufen am 1. Februar 2024)?
50. Abgeordneter  
**Dr. Hendrik  
Hoppenstedt**  
(CDU/CSU)
- Würde die gesetzliche Einführung der Speicherung von IP-Adressen, wie sie vom Europäischen Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-793/19 (SpaceNet) und C-794/19 (Telekom Deutschland) für zulässig erklärt wurde, die Chancen auf eine erfolgreiche Ermittlung und Verfolgung der Straftaten des sexuellen Kindesmissbrauchs und der Kinderpornographie nach Auffassung des Bundesministers der Justiz verbessern?
51. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Gesetze und Rechtsverordnungen sind seit dem 8. Dezember 2021 neu in Kraft getreten, und wie viele Gesetze und Rechtsverordnungen sind seit dem 8. Dezember 2021 außer Kraft getreten (bitte nach Gesetzen und Rechtsverordnungen sowie der Anzahl der darin enthaltenen Einzelnormen für die Zeiträume 8. Dezember 2021 bis 1. Januar 2022, 2. Januar 2022 bis 1. Januar 2023 und 2. Januar 2022 bis 1. Januar 2024 aufschlüsseln)?
52. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)
- Wurde „im Herbst 2023“ ein „Umsetzungsprojekt beim Bundesamt für Justiz“ zur Digitalisierung „alle[r] Arten von Führungszeugnissen für private Zwecke“ gestartet (Sonderbericht der Bundesregierung – Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau in der 20. Legislaturperiode, Bundestagsdrucksache 20/9000, S. 20), und wenn ja, mit welchem Projektinhalt und welcher Projektlaufzeit, und wenn nein, aus welchen im Einzelnen zu benennenden Gründen wurde das Umsetzungsprojekt nicht – wie von der Bundesregierung ursprünglich geplant – im Herbst 2023 gestartet?

